



00.014

11. AHV-Revision

11e révision de l'AVS

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.05.01 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.05.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.01 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.02 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.10.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.10.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.02 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.03 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.10.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung 2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Art. 40ter

Forster-Vannini Erika (R, SG): Es wurde zwar schon vieles gesagt, aber ich möchte vor allem aufzeigen, dass man sich sehr wohl auch als Frau der Mehrheit anschliessen kann.

AB 2003 S 442 / BO 2003 E 442

Immer weniger Leute – ich möchte das den jungen Leuten oben auf der Tribüne sagen – stehen im Arbeitsprozess und haben immer mehr Leute im Pensionsalter zu finanzieren. Das wird schwierig, und wir müssen darauf achten, dass es nicht Probleme gibt, wie es sie bereits in anderen Ländern gibt. Wenn wir das nicht wollen, so müssen wir dafür besorgt sein, dass die Leute möglichst lange im Arbeitsprozess bleiben. Bereits heute sind mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen mehr als 50 Jahre alt. Es ist daher kurzsichtig, wenn man im Zusammenhang mit dem Rentenalter so tut, als seien Frühpensionierungen in Stein gemeisselt. Das Gegenteil ist der Fall. Schon heute arbeitet ein Drittel der im regulären Pensionsalter Stehenden weit über das Alter hinaus, in dem sie noch arbeiten müssten.





Noch einmal: Worum geht es bei der Forderung, den vorzeitigen Altersrücktritt finanziell abzufedern? Unter der Einforderung der sozialen Gerechtigkeit – was immer das im Konkreten auch heissen soll – wird verlangt, dass der vorzeitige Altersrücktritt so ausgestaltet werden soll, dass auch sozial Schwächere und Leute in Tieflohnberufen ohne wesentliche Schmälderung der ordentlichen Rente vor Erreichung des ordentlichen Rentenalters in Pension gehen können. Es gibt Menschen, die wegen des Fehlens einer ausreichenden Flexibilisierung die letzten Jahre vor der Pensionierung mit Hilfe der IV überbrücken. Das ist auch für mich stossend. Ist aber Abhilfe über eine Abfederung, welche den technischen Kürzungssatz zwischen 40 und 100 Franken pro Monat mildert und noch immer keine volle Rente auslöst, wirklich der Weisheit letzter Schluss? Ich bezweifle dies. Für die betroffenen Personen ändert sich die reale Situation nämlich vielfach nicht. Viele, von denen hier theoretisch die Rede ist, müssen dennoch zusätzlich Ergänzungsleistungen beantragen. Diese Lösung ist aus meiner Sicht nicht tauglich und gaukelt den Berechtigten etwas vor, das sich dann im Eintretensfall eben anders auswirkt.

Die AHV ist eine Grundversicherung. Frau Beerli hat das auch schon erwähnt. Sie ist umlagefinanziert und basiert auf der Solidarität der höheren mit den niedrigen Einkommen und der Solidarität zwischen den Erwerbstätigen und der Rentnergeneration. Wir können aber aus einem generell angelegten Sozialwerk keine Branchen- oder Individualversicherung machen. Das ist wesensfremd, teuer und schafft deutlich mehr Aufwand, ohne die Probleme auch wirklich zu lösen. Wenn wir nun beim Rentenvorbezug für bestimmte Berufe oder Einkommensschichten Sonderlösungen vorsehen, so verlieren wir uns ins Uferlose. Ich bin deshalb klar der Auffassung, dass nur eine versicherungsmathematische Rentenkürzung beim Vorbezug zur Anwendung kommen kann.

Ich bitte Sie aus all diesen Gründen, sich der Mehrheit anzuschliessen.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Nach der Debatte drei kurze Bemerkungen zur Klärung:

1. Für mich besteht ein Widerspruch, der nicht ausgeräumt ist. Wir sprechen heute von einer absehbaren Erhöhung des Rentenalters, und gleichzeitig unterstützten wir die Frührente. Das ist für mich ein Widerspruch, der nicht auflösbar ist.
2. Wer profitiert tatsächlich von diesen Mehrrenten, die höher sind als der versicherungstechnische Abzug? Es sind zwei Lösungen vorgeschlagen, jene des Nationalrates und jene der Kommissionsminderheit. Ich muss klarstellen: Nach der Lösung des Nationalrates erhalten auch die höchsten Einkommen einen zusätzlichen Betrag. Diesen Schönheitsfehler hat die Kommissionsminderheit in ihrem Vorschlag eliminiert. Das ist klarzustellen. Bei der Minderheit Brunner wird die Mehrrente bis 75 000 Franken Einkommen bezahlt, beim Nationalrat ist es nach oben völlig offen.
3. Frau Beerli hat eindrücklich dargelegt, Sie sollten an die Personen denken, welche 800 bis 1000 Franken Monatseinkommen haben und dank dem Vorschlag der Minderheit monatlich rund 40 Franken Mehrrente erhalten. Bei diesen Einkommen wirkt eben, ohne zynisch zu sein, die Lösung nicht. Personen in der Einkommenshöhe sind auf Ergänzungsleistungen angewiesen. In diesen Fällen, wo wirklich Bedarf besteht, greift die Ergänzungsleistung. Wenn wir diese 400 Millionen Franken – ich bleibe dabei – zumeist wirkungslos einsetzen, entlasten wir letzten Endes nur die Kantone um einige Franken Ergänzungsleistung. Das kann nicht der Sinn unserer Revision sein.

Couchepin Pascal (,): J'ai dit tout à l'heure que l'ensemble des réformes devaient être vues sous l'angle financier aussi. Tout à l'heure, vous avez pris une décision qui permet de réduire les dépenses, ce qui donne ici la possibilité d'ouvrir – comme l'a souhaité le Conseil fédéral depuis le début – la porte à une flexibilisation de l'âge de la retraite. Cela ne veut pas dire qu'il y ait une contradiction avec une éventuelle élévation ultérieure de l'âge de la retraite; les choses seraient simplement repoussées en fonction de l'élévation de l'âge de la retraite. Depuis qu'il a présenté ce projet de 11e révision de l'AVS, le Conseil fédéral a soutenu l'idée de la flexibilisation. Il croit que c'est un modèle qui n'apporte pas grand-chose à ceux qui ont des revenus d'une certaine importance, mais qui apporte quelque chose à ceux qui ont des revenus faibles, comme l'ont dit Mmes Brunner et Beerli tout à l'heure.

Avec le modèle du Conseil national, qui est celui de la minorité, une personne reçoit entre 35 et 114 francs de plus par mois qu'avec le modèle du Conseil des Etats, ce qui fait entre 420 et 1368 francs par an. Ce n'est pas beaucoup, mais c'est quand même quelque chose pour quelqu'un qui a un revenu faible et qui n'a souvent qu'un modeste deuxième pilier, voire pas encore de deuxième pilier. Le modèle de flexibilisation proposé par le Conseil fédéral vaut donc la peine d'être retenu et il a été amélioré, il faut le reconnaître, par le Conseil national. Dans la mesure où vous avez pris tout à l'heure une décision qui provoque des économies, il est logique et acceptable de retenir ce modèle de flexibilisation. Cela ne compromet pas l'évolution à long terme



du système de l'AVS, mais démontre au contraire notre volonté de flexibiliser l'âge de la retraite, ce qui par là même permettra de l'élever un jour, puisqu'il aura été démontré que la flexibilisation était voulue.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 29 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 9 Stimmen

Art. 40quater

Antrag der Minderheit

(Brunner Christiane, Beerli, Studer Jean)

Titel

Kürzungssätze

Abs. 1

Die Höhe des Kürzungssatzes richtet sich nach dem durchschnittlichen Jahreseinkommen, das für die Rentenberechnung massgebend ist.

Abs. 2

Bei einer verheirateten Person, deren Haushalt nicht richterlich aufgehoben wurde und deren Ehegatte noch nicht rentenberechtigt ist, wird der Kürzungssatz durch das höhere Einkommen bestimmt, das sich aus dem Vergleich ergibt zwischen dem durchschnittlichen Jahreseinkommen gemäss Absatz 1 und dem durchschnittlichen Jahreseinkommen, das für die Rentenberechnung massgebend wäre, wenn auch der Ehegatte rentenberechtigt wäre.

Abs. 3

Es gelten die folgenden Kürzungssätze:

- bis zu einem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen in der Höhe des 48fachen Betrages der Minimalrente: 2,7 Prozent für 12 ganze Monatsrenten; 6,7 Prozent für 24 ganze Monatsrenten; 11,1 Prozent für 36 ganze Monatsrenten;
- ab einem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen in der Höhe des 72fachen Betrages der Minimalrente: 5 Prozent für 12 ganze Monatsrenten; 10,7 Prozent

AB 2003 S 443 / BO 2003 E 443

für 24 ganze Monatsrenten; 16,5 Prozent für 36 ganze Monatsrenten.

Abs. 4

Der Kürzungssatz wird linear abgestuft, wenn das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen zwischen dem Tiefst- und Höchstwert von Absatz 3 liegt oder wenn der Vorbezug sich auf 1 bis 11, 13 bis 23 oder 25 bis 35 ganze Monatsrenten erstreckt.

Abs. 5

Der Kürzungssatz wird angepasst, wenn sich das für die Rentenberechnung massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen ändert.

Art. 40quater

Proposition de la minorité

(Brunner Christiane, Beerli, Studer Jean)

Titre

Taux de réduction

Al. 1

Le taux de réduction est déterminé en fonction du revenu annuel moyen déterminant le calcul de la rente.

Al. 2

Pour une personne mariée dont la communauté domestique avec son conjoint n'est pas dissoute par décision judiciaire et dont l'époux ou l'épouse n'est pas bénéficiaire d'une rente, le taux de réduction est déterminée par le revenu le plus élevé résultant de la comparaison entre le revenu annuel moyen selon l'alinéa 1er et le revenu annuel moyen qui devrait être pris en compte si le conjoint avait, lui aussi, droit à une rente.

Al. 3

Le taux de réduction est fixé comme suit:

- si le revenu annuel moyen déterminant ne dépasse pas 48 fois le montant de la rente de vieillesse minimale: 2,7 pour cent pour 12 rentes mensuelles entières; 6,7 pour cent pour 24 rentes mensuelles entières; 11,1 pour cent pour 36 rentes mensuelles entières;



– si le revenu annuel moyen déterminant est au moins égal à 72 fois le montant de la rente de vieillesse minimale: 5 pour cent pour 12 rentes mensuelles entières; 10,7 pour cent pour 24 rentes mensuelles entières; 16,5 pour cent pour 36 rentes mensuelles entières.

Al. 4

Le taux de réduction est échelonné linéairement pour des revenus annuels moyens qui se situent entre la valeur de référence minimale et maximale prévue à l'alinéa 3 tout comme pour des versements anticipés qui englobent entre 1 à 11, 13 à 23 ou 25 à 35 rentes mensuelles entières.

Al. 5

Le taux de réduction est adapté si le revenu annuel moyen qui détermine le calcul de la rente subit des modifications.

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Der Antrag der Minderheit entfällt in der Folge der Abstimmung zu Artikel 40ter.

Art. 87 drittes, viertes Lemma

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 87 troisième, quatrième tiret

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Der Nationalrat hat auf unsere Aufforderung hin in der letzten Lesung Artikel 87 verbessert, die Unebenheiten sind ausgeräumt. Wir bitten Sie zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

Art. 102 Abs. 1 Bst. e, f; 104 Abs. 1; 111

Antrag der Kommission

Festhalten

Art. 102 al. 1 let. e, f; 104 al. 1; 111

Proposition de la commission

Maintenir

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Dies ist eine Folge des Finanzierungsbeschlusses in Vorlage 1. Wir haben bereits entschieden.

Angenommen – Adopté

Ziff. II Bst. c

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Studer Jean, Brunner Christiane, Cottier, Frick)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Eventualantrag der Minderheit

(Brunner Christiane, Studer Jean)

(falls die Mehrheit obsiegt)

Abs. 6bis

Bei Verwitwungen bis 1. Januar W (W = zehn Jahre nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision) erhalten Witwen, deren Kinder keine Waisenrente mehr erhalten, 80 Prozent der entsprechenden Altersrente.

Ch. II let. c

Proposition de la majorité





Maintenir

Proposition de la minorité

(Studer Jean, Brunner Christiane, Cottier, Frick)

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition subsidiaire de la minorité

(Brunner Christiane, Studer Jean)

(au cas où la majorité l'emporterait)

Al. 6bis

En cas de décès du conjoint d'ici au 1er janvier W (W = dix ans après l'entrée en vigueur de la 11e révision de l'AVS), les veuves dont les enfants ne perçoivent plus de rente d'orphelin toucheront 80 pour cent de la rente de vieillesse correspondante.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Sie haben mit dem Systementscheid zu Artikel 23 auch diese Frage zugunsten der Mehrheit entschieden.

Plattner Gian-Reto (S, BS): Der Eventualantrag der Minderheit Brunner Christiane zu Absatz 6bis ist zurückgezogen.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. III (Änderung bisherigen Rechts)

Ch. III (modification d'autres actes législatifs)

Ziff. 1 Art. 77 Abs. 1 Bst. e

Antrag der Kommission

Festhalten

Ch. 1 art. 77 al. 1 let. e

Proposition de la commission

Maintenir

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Den Entscheid haben Sie mit den früheren Entscheiden zum Finanzierungsbeschluss getroffen; Sie haben festgehalten.

Angenommen – Adopté

AB 2003 S 444 / BO 2003 E 444

Ziff. 1 Art. 78ter

Antrag der Kommission

Festhalten

Ch. 1 art. 78ter

Proposition de la commission

Maintenir

Angenommen – Adopté

Ziff. 7 Art. 17a

Antrag der Mehrheit

Festhalten





Antrag der Minderheit

(Jenny, Cottier, Forster)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 7 art. 17a

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Jenny, Cottier, Forster)

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit

Adopté selon la proposition de la minorité

Ziff. 12 Art. 2

Antrag der Kommission

Festhalten

Ch. 12 art. 2

Proposition de la commission

Maintenir

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Hier haben wir auch beim Finanzierungsbeschluss 1 entschieden.

Angenommen – Adopté

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Gestatten Sie mir nun, da wir am Ende der Vorlage sind, eine Bemerkung. In meinen einleitenden persönlichen Bemerkungen habe ich meinen Ärger über das Nichterhalten der Akten geäußert. Frau Spoerry und ich haben, wie ich im Nachhinein festgestellt habe, nicht vom gleichen Zeitpunkt gesprochen. Zum Zeitpunkt, als die ganze Pressepolemik bereits durchs Land ging und am fraglichen Freitag die Presse bereits über alle Unterlagen verfügte und wir seitens der Presse ständig mit Anfragen konfrontiert wurden, hatten wir noch keine Unterlagen. Da musste ich mir als getarnter Journalist die Unterlagen besorgen. Darüber habe ich mich aufgeregt und tue es heute noch. Wir haben die Unterlagen nämlich erst drei, vier Tage nach den Medien erhalten, als der Gang auf die St. Petersinsel bereits Vergangenheit war. Da waren die Unterlagen bereits kalter Kaffee. Wir trinken wieder Kaffee zusammen, Herr Bundespräsident, aber einen warmen.